

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Personalsituation der Oö. Polizei in den kommenden Jahren**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als
dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für eine entsprechende personelle **Aufstockung** der Polizei einzusetzen, damit die der Polizei durch die Gesetze zugeordneten Aufgaben in Oberösterreich erfüllt werden können. Dies soll z. B. durch Maßnahmen wie eine entsprechende Anzahl zusätzlicher Grundausbildungslehrgänge der Polizei für Oberösterreich oder Rückholaktionen für in anderen Bundesländern dienstverrichtende oberösterreichische Polizistinnen und Polizisten erreicht werden.

Begründung

Im Zeitraum von 2006 bis einschließlich 2012 konnten in Oberösterreich Abgänge durch Pensionierungen, Austritte und Tod aktiver Polizistinnen und Polizisten größtenteils durch Neuaufnahmen ersetzt werden. Da jedoch eine Vielzahl von Polizistinnen und Polizisten von ihren Dienststellen in Oberösterreich zu Bundeseinheiten Dienst zugeteilt ist, karezierte Polizistinnen und Polizisten nach wie vor auf Planstellen ihrer Stammdienststellen geführt werden und auch die in Grundausbildung befindlichen zukünftigen Polizistinnen und Polizisten Planstellen besetzen, die auf Polizeiinspektionen systemisiert sind, kommt es zu einer Personallücke. Diese kann derzeit noch durch besondere Einsatzbereitschaft und Bereitschaft zu Überstunden kompensiert werden.

Im heurigen Jahr sollen noch vier Grundausbildungslehrgänge mit neuen Polizistinnen und Polizisten ausgemustert werden, und im Jahr 2014 und 2015 jeweils weitere zwei Grundausbildungslehrgänge. Jedoch stehen diesen Zugängen nahezu doppelt so hohe Abgänge erfahrener Polizistinnen und Polizisten bis zum Jahr 2015 gegenüber.

Dieser Entwicklung muss durch zusätzliche Grundausbildungslehrgänge für Oberösterreich und auch durch eine Versetzung von oberösterreichischen Polizistinnen und Polizisten, die in Wien ihren Dienst versehen, heim nach Oberösterreich, entgegen gewirkt werden. Da im Bundesland Wien jährlich 450 Personen in die polizeiliche Grundausbildung aufgenommen werden, könnte von einer dauerhaften Fortführung dieser Dienstverrichtung oberösterreichischer Polizistinnen und Polizisten in der Bundeshauptstadt Abstand genommen werden.

Weiters scheint es nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten erforderlich, dieser zu erwartenden Lücke zwischen Abgängen und Aufnahmen dahingehend entgegenzuwirken, als die im Jahr 1996 gestrichenen Ausbildungsplanstellen für die Sicherheitsakademie erneut eingeführt werden. Denn eine bei einer Polizeiinspektion angerechnete Planstellenbesetzung durch in Grundausbildung befindliche Personen ist nicht nachvollziehbar.

Linz, am 2. Juli 2013

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Weinberger, Ecker, Pühringer, Schillhuber, Jachs, Brunner, Aichinger, Frauscher, Tausch, Peinsteiner, Hingsamer, Langer-Weninger, Alber, Kirchmayr, Gattringer, Schulz, Manhal, Baier, Weixelbaumer, Lackner-Strauss, Hüttmayr, Astleitner, Csar, Höckner, Dörfel, Stanek

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Jahn, Krenn, Makor, Pilsner, Promberger, Röper-Kelmayer, Bauer, Müllner, Affenzeller, Peutlberger-Naderer, Weichsler-Hauer, Schaller, Rippl, Eidenberger

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Cramer

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Wageneder, Buchmayr